

Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft

Zu Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen

Kai-Olaf Lang

Die deutsch-polnischen Beziehungen durchlaufen gegenwärtig eine schwierige Etappe. Die Ankündigung deutscher Vertriebener, vor polnischen und internationalen Gerichten auf Entschädigung zu klagen, und die vom polnischen Parlament erhobene Forderung nach Kriegsreparationen haben für Turbulenzen im Verhältnis beider Länder gesorgt. Obwohl sich die deutsche ebenso wie die polnische Regierung von derartigen Forderungen distanziert, ist in der näheren Zukunft weiterhin mit Spannungen im bilateralen Verhältnis zu rechnen, auch weil sich in Polen die Zweifel mehren, ob eine langfristige Orientierung an Deutschland sinnvoll ist. Gleichzeitig fehlt seit Polens Beitritt zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ein Großprojekt, das beide Seiten konstruktiv aneinander bindet. In Anbetracht dessen scheint die Formel einer weniger ambitionierten »pragmatischen Kooperation« beider Länder der Realität angemessener zu sein als die einer spezifischen Zweierbeziehung, einer Art »strategischen Partnerschaft«.

Ankündigungen deutscher Staatsbürger, vor polnischen und internationalen Gerichten ihr infolge des Zweiten Weltkriegs verlorengegangenes Vermögen oder doch zumindest Entschädigungen zu erstreiten, beunruhigen die polnische Öffentlichkeit seit längerem. Das polnische Parlament nahm sie zum Anlaß, am 10. September 2004 eine Resolution zu verabschieden, in der die Regierung in Warschau dazu aufgerufen wird, Deutschland für die während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg angerichteten Schäden Reparationen abzuverlangen. Der vom Sejm, dem Unterhaus des Parlaments, mit 328 von 329

Stimmen angenommene Beschluß enthielt mehrere Punkte:

- ▶ Das Parlament fordert die Regierung dazu auf, in der Frage der Kriegsreparationen gegenüber Deutschland aktiv zu werden.
- ▶ In der Gegenrichtung betont der Sejm, daß gegenüber deutschen Staatsbürgern keinerlei finanzielle Verpflichtungen bestünden, die aus den Folgen des Zweiten Weltkriegs herrühren.
- ▶ Die polnische Regierung wird aufgefordert, die Höhe der Schäden einzuschätzen, die Polen durch die deutsche Besatzung erlitten hat. Einige polnische

Großstädte haben bereits entsprechende Aufträge vergeben. Allein für Warschau werden die Schäden auf ca. 35 Mrd. Euro veranschlagt.

- ▶ Von der Bundesregierung wird verlangt, die Forderungen deutscher Bürger als unbegründet und unrechtmäßig zurückzuweisen und auf die Zulassung des Rechtswegs zu verzichten.

Obwohl es sich dabei um einen politischen Präventivschlag ohne rechtliche Bindungswirkung handelte, verschärfte die Resolution die Rhetorik in den polnischen-deutschen Beziehungen und rief in Deutschland Unverständnis, Konsterniertheit und Empörung hervor.

Besonnene Haltung der Regierungen

Nach den ersten Aufregungen glätteten sich die Wogen in den deutsch-polnischen Beziehungen zunächst einmal wieder. Hierzu trugen vornehmlich die Aktivitäten der beiden Regierungen bei.

Die polnische Regierung äußerte zwar Verständnis für den Sejm-Beschluß und will etwa dem Verlangen der polnischen Parlamentarier nachkommen, das Ausmaß der während der Besatzungszeit entstandenen Schäden zu dokumentieren, sowie nach Wegen suchen, wie polnischen Bürgern Rechtsbeistand gegen eventuelle Klagen aus Deutschland gewährt werden kann. Allerdings verwarf sie die Kernforderung der Abgeordneten und weigerte sich, Deutschland mit Reparationsforderungen zu konfrontieren. Vielmehr bekräftigte sie ihre bereits am 13. Juli 2004 öffentlich bezogene Position: Danach ist für die polnische Regierung »die Reparationsfrage abgeschlossen«, die bilateralen Beziehungen sollen durch sie nicht belastet werden (Erklärung des polnischen Außenministeriums vom 10.9.2004).

Die Regierung Belka begründet ihre Haltung mit einem politischen und einem rechtlichen Argument. Erstens dürften die deutsch-polnischen Beziehungen aufgrund ihrer übergeordneten europäischen Bedeutung nicht durch leichtfertige oder »aben-

teuerliche« Initiativen (beider Seiten) gefährdet werden. Zweitens habe Polen bereits durch eine Regierungserklärung vom 23. August 1953 völkerrechtlich verbindlich auf deutsche Reparationsleistungen verzichtet, was auch später, etwa im »Zwei-plus-Vier-Vertrag«, bestätigt wurde.

Die Bundesregierung wies, ebenfalls im Gefolge des Sejm-Beschlusses, auf den Interventionsverzicht der Bundesregierung hin, den Bundeskanzler Schröder am 1. August 2004 in Warschau ausgesprochen hatte. In seiner Rede anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstands hatte der Bundeskanzler der polnischen Seite versichert, daß seine Regierung keine individuellen Forderungen (auch vor internationalen Gerichten) unterstützen werde, die sich auf Vermögensfragen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg beziehen.

... trägt zur vorläufigen Beruhigung bei

Mit ihrem Treffen am 27. September versuchten Bundeskanzler Schröder und Premierminister Belka das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen. Das von den Regierungschefs bei dieser Gelegenheit präsentierte Paket besteht aus Maßnahmen zur Minderung historisch-rechtlichen Streitpotentials sowie aus zukunftsorientierten Initiativen. Zur ersten Kategorie gehört die Einberufung einer Expertenkommission, die dazu beitragen soll, daß Entschädigungsklagen deutscher Vertriebener (bzw. eventuelle Klagen polnischer Staatsbürger gegen die Bundesrepublik) kaum Aussicht auf Erfolg haben. Überdies wurde Premier Belka zugesagt, daß die zuständigen Behörden Empfängern von Lastenausgleichszahlungen nicht länger mit Rückforderungen drohen, sofern die Betroffenen nicht nachweisen können, daß sie nicht mehr über ihr früheres Vermögen verfügen. Auf diese Weise werden möglicherweise Tausende deutscher Staatsbürger, vornehmlich Aussiedler, davor bewahrt, vor polnische Gerichte zu ziehen, um dort ihr Eigentum wiederzuerlangen

oder die Bestätigung zu erhalten, daß sie nicht mehr darüber verfügen.

Zum anderen enthält das Schröder-Belka-Paket einige neue Vorschläge, die die deutsch-polnische Kooperation dynamisieren bzw. Konflikte im Vorfeld entschärfen sollen. Die Viadrina-Universität in Frankfurt an der Oder soll als Leuchtturmprojekt der Kooperation mit der ansehnlichen Summe von 60 Mio. Euro (davon 50 Mio. aus Deutschland) zu einer trinationalen französisch-deutsch-polnischen Stiftungsuniversität umgewandelt werden. Von den Regierungen berufene »Koordinatoren« der bilateralen Beziehungen sollen die beiderseitige Zusammenarbeit verbessern. Um Spannungen zu reduzieren, sollen deutsche und polnische Experten einen regelmäßigen Dialog über die EU-Finzen führen.

Zur Entkrampfung wollen auch die beiden Parlamente beitragen und den gegenseitigen Austausch intensivieren. Beim Treffen der beiden Parlamentspräsidien Mitte Oktober in Stubice wurde bekanntgegeben, daß der Auswärtige und der Europa-Ausschuß von Bundestag und Sejm gemeinsame Sitzungen abhalten werden. Die deutsch-polnische Parlamentariergruppe soll aktiviert werden, möglicherweise wird eine gemeinsame Gruppe jüngerer Abgeordneter gebildet.

Diese Schritte gehen zweifelsohne in die richtige Richtung. Die Tatsache, daß sie dennoch keinen Schutz vor weiteren Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis bieten, hat nicht zuletzt damit zu tun, daß die rechtliche Regelung hinsichtlich eventueller deutscher Forderungen aus polnischer Sicht unbefriedigend ist. Obwohl der Interventionsverzicht der Bundesregierung von der polnischen Regierung positiv aufgenommen wurde, wünscht Warschau weiterhin einen formellen Forderungsverzicht Berlins und eine damit verknüpfte innerdeutsche Regulierung der Ansprüche von Vertriebenen. Warschauer Ziel ist es nach wie vor, die Streitigkeiten zwischen deutschen Staatsbürgern und dem polnischen Staat umzuadressieren und die deutschen Staatsbürger an die Bundesregie-

rung zu verweisen. Diese Lösung wird aber von der Bundesregierung nicht unterstützt. Die Gründe für ihre Haltung finden in Polen kaum Beachtung, ebensowenig wie die Tatsache, daß Berlin der polnischen Seite bereits in der Kanzlerrede vom 1. August und mit der Beteiligung an der bilateralen Expertenkommission relativ weit entgegengekommen ist. In Polen herrscht eher Argwohn vor, Deutschland scheue aus innenpolitischen oder finanziellen Gründen eine innerstaatliche Regelung, stelle also seine Partikularinteressen über die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen. Diese Unzufriedenheit wird weiterhin für Nervosität im bilateralen Verhältnis sorgen. Noch schwerer wiegen indes tiefer liegende Unzulänglichkeiten und Entwicklungen, die sich in den letzten Jahren abgezeichnet haben.

Was der Streit zeigte

Die jüngsten Zwistigkeiten machten schlaglichtartig zahlreiche Defizite deutlich, an denen die deutsch-polnischen Beziehungen seit geraumer Zeit kranken.

So wurde sichtbar, daß die drei Grundprinzipien und Entwicklungslinien, an denen sich die bilaterale Kooperation in den neunziger Jahren orientierte – Dehistorisierung, Depolitisierung und Europäisierung –, an ihre Grenzen gestoßen sind. Der Versuch, die Prägekräft der Geschichte für das Miteinander in Gegenwart und Zukunft durch Ausklammern strittiger Fragen abzuschwächen, war im nachhinein betrachtet zweifelsohne berechtigt, trug der darauf aufbauende Modus vivendi doch maßgeblich zur Intensivierung der beiderseitigen Zusammenarbeit in der abgelaufenen Dekade bei. Allerdings ließ man sich sowohl in Polen als auch in Deutschland von den Erfolgen der Aussöhnungsarbeit und der Marginalisierung der Probleme blenden, die in der Vergangenheit wurzeln. Letzteres gilt auch für das Streben nach einer fortschreitenden Entpolitisierung der bilateralen Beziehungen.

Spätestens seit Ende der neunziger Jahre flackerte »Deutschland« in Polen wieder als innenpolitisches Thema auf. Die Endphase der EU-Beitrittsverhandlungen bewies dann, daß auch die sukzessive Einbindung der bilateralen Beziehungen in einen multilateralen, vor allem europäischen Kontext kein Allheilmittel ist. Kontroverse Themen wie Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Landerwerb durch Ausländer zeigten eine starke deutsch-polnische Konnotation. Noch nachdrücklicher führten die deutsch-polnischen Differenzen im Kontext des Irak-Kriegs oder über das Abstimmungs-system im EU-Verfassungsvertrag vor Augen, daß die Ebene der europäischen Politik nicht nur ein zusätzliches Forum zur Klärung bilateraler Probleme, sondern auch ein Ort der Genese und Verstärkung bilateraler Reibungen sein kann.

Die in den neunziger Jahren zum Inbegriff des deutsch-polnischen Miteinanders stilisierte »Interessengemeinschaft« mutierte spätestens seit den Auseinandersetzungen über die transatlantischen Beziehungen und den EU-Abstimmungsmodus zur »Konfliktgemeinschaft«. Mittlerweile kann nicht einmal mehr von einer »Gemeinschaft widerstreitender Interessen« die Rede sein, denn diese setzt zumindest voraus, daß sich beide Seiten als aufeinander angewiesen betrachten und vor allem von einer spezifischen, über den bilateralen Rahmen hinausgehenden und damit europäischen Bedeutung der beiderseitigen Kooperation ausgehen.

In Polen breitet sich ein neues »Deutschland-Syndrom« aus, das sich in Überreaktionen und zunehmender Verunsicherung manifestiert und eine strukturelle Vertrauenskrise bedingt. Es beruht auf dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren.

Erstens herrscht eine beachtliche Furcht vor einer angeblichen generellen Neuinterpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Dabei sind es bei weitem nicht nur »radikale« Stimmen, die in Polen vor Geschichtsklitterung und Revisionismus warnen. Beunruhigen muß, daß

auch bislang eher moderate Kreise eine selektive und verzerrte Wahrnehmung an den Tag legen und beispielsweise unterstellen, die öffentliche Diskussion in Deutschland negiere historische Kausalitäten oder die politische Klasse wolle sich zumindest aus der Verantwortung stellen. Exemplarisch sind die Äußerungen des stellvertretenden Sejm-Präsidenten Donald Tusk von der konservativ-liberalen Bürgerplattform bei der zweiten Lesung des Resolutionsentwurfs zu den polnischen Reparationsforderungen. Ihm zufolge wollen sich »die Deutschen ihrer Geschichte entledigen« und »unabhängig von Parteizugehörigkeiten die Geschichte neu schreiben oder sie am besten ganz vergessen«.

Zweitens macht sich Sorge über ein »assertives« Deutschland breit, das die von außen oder selbst auferlegten Bindungen der Nachkriegsära abstreife, ein unzuverlässiger Bündnispartner Amerikas sei, sich in der EU zusammen mit Frankreich bemühe, eine informelle Führungsrolle aufzubauen, und durch intensive bilaterale Kooperationsbeziehungen mit Rußland ein einheitliches Auftreten der Union gegenüber Moskau erschwere sowie durch sein Streben nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat Eigeninteressen über das europäische Gemeinwohl stelle.

Drittens büßte Deutschland unter den polnischen Eliten seine Vorbildfunktion in sozialen und wirtschaftlichen Fragen ein. In Anbetracht der strukturellen Herausforderungen, denen sich die Bundesrepublik zu stellen hat, fürchten manche Beobachter in Polen, man werde es künftig mit einem wirtschaftlich, gesellschaftlich und auch politisch instabilen Deutschland zu tun haben.

Durch die Mitgliedschaft in der EU (und der Nato) ergibt sich für Polen prinzipiell die Möglichkeit, die Folgewirkungen von Asymmetrien im bilateralen Verhältnis durch Multilateralisierung von Kooperationsbeziehungen abzumildern. Gleichwohl sind durch den polnischen EU-Beitritt strukturelle Asymmetrien nicht verschwun-

den: Gemessen an politischem Potential, Wirtschaftskraft und schierer Größe existiert nach wie vor ein beachtliches deutsch-polnisches Gefälle. Nicht zuletzt dieses Ungleichgewicht erklärt, warum in Polen eine übergroße Sensivität gegenüber gesellschaftlichen, politischen und außenpolitischen Entwicklungen in Deutschland herrscht und nicht wenige Polen von den deutschen Vertriebenenverbänden und deren Vertretern gleichsam negativ fasziniert sind. So hat bezeichnenderweise das gesamte Unterhaus des polnischen Parlaments auf die Initiative einiger weniger, in der »Preußischen Treuhand« zusammengegeschlossener deutscher Staatsbürger reagiert.

Nachdem der »deutsche Faktor« im Laufe der letzten Jahre in die polnische Außenpolitik zurückgekehrt ist, findet er sich nun auch als Determinante der polnischen Innenpolitik wieder. Es spricht einiges für die Auffassung, daß in Polen die Außenpolitik mehr und mehr die Innenpolitik als Terrain ersetzt, auf dem politische Parteien um die Gunst der Wähler kämpfen (so Jerzy Surdykowski in der *Gazeta Wyborcza* vom 26.10.2004). Hierbei spielen die Dynamik nationalistischer und »patriotischer« Kräfte sowie die aufgeheizte öffentliche Debatte eine wichtige Rolle. So können sich etwa in Anbetracht der Erfolge der national-katholischen Liga der polnischen Familien (LPR) die konservativen und konservativ-liberalen Gruppierungen der rechten Mitte einer zusehends deutschland-kritischen Rhetorik nicht entziehen. Wie der Sejm-Beschluß zu den Reparationsforderungen zeigt, dürfen es sich nicht einmal die Parteien der Linken erlauben, abseits zu stehen. Sie laufen ansonsten Gefahr, als »nützliche Idioten« oder Mitstreiter einer angeblichen »Front zur Durchsetzung deutscher Interessen« (so der Vorsitzende der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit [PiS], Jarosław Kaczyński) in Polen diffamiert zu werden. Bedenklich muß stimmen, daß im Zuge dessen dialogorientierte Personen isoliert oder stigmatisiert werden. Diese Tendenz geht mit einem zumindest temporären Bedeutungsverlust

der traditionellen »Aussöhnungslobby« in Gesellschaft, Politik und Publizistik einher.

Trübe Aussichten

Vor diesem Hintergrund dürften die deutsch-polnischen Beziehungen auf absehbare Zeit immer wieder größeren oder kleineren Belastungsproben ausgesetzt sein. Diese Vermutung gilt insbesondere für die nähere Zukunft.

Innen- und außenpolitische Debatten in Polen stehen bereits jetzt im Zeichen der voraussichtlich im nächsten Frühjahr abzuhaltenden Parlamentswahlen. Die öffentliche Debatte über das Thema Deutschland wird sich daher wahlkampfbedingt intensivieren, die Verfechter eines harten deutschlandpolitischen Kurses haben dabei gute Chancen auf die Meinungsführerschaft. Überdies sehen sich die Hardliner von der öffentlichen Meinung bestätigt. So sprechen sich nach einer im September veröffentlichten Umfrage 63% der Polen für Reparationsforderungen gegenüber Deutschland aus. Mit einem neuen Resolutionsentwurf, der die Nichtigkeit des Reparationsverzichts von 1953 feststellen soll, will die LPR dieses Thema weiter am Kochen halten.

Aller Voraussicht nach wird es in Polen nach den Wahlen zu einem Regierungswechsel kommen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Parteien der Rechten und der rechten Mitte in einer neuen Koalition den Ton angeben. Vermutlich würde eine solche Regierung pragmatischer agieren, als gegenwärtig zu befürchten ist. Insbesondere die Bürgerplattform (sie wäre nach den aktuellen Umfragen stärkste Partei und hätte wohl gute Chancen, den Premierminister zu stellen) würde sich vermutlich besonnener verhalten, als das bislang der Fall war. Mit Gruppierungen wie der PiS oder eventuell sogar der LPR könnten indes Parteien in einer künftigen Koalition vertreten sein, für die ein Konfrontationskurs gegenüber Deutschland Teil ihres ideologischen Credos ist. Selbst ein pragmatischer Regierungschef stünde dann ständig

unter dem Druck der national ausgerichteten Parteien. Wenn ein von der Bürgerplattform gestellter Premierminister etwa von Reparationsforderungen gegenüber Deutschland absähe, würde er einen koalitionsinternen Streit riskieren.

In Polen läßt sich seit einiger Zeit ein Zerfall des in den neunziger Jahren entstandenen außenpolitischen Konsenses beobachten. Sollte sich die mit ihm einhergehende Spaltung verfestigen, werden sich in den nächsten Jahren womöglich »europäisch« orientierte, auf ein reibungsfreies Verhältnis mit Deutschland bedachte Politiker und Europa- sowie Deutschland-skeptiker gegenüberstehen. Die zwischen beiden Lagern geführte Auseinandersetzung könnte zu einer dominierenden, permanenten Trennlinie im politischen Koordinatensystem Polens werden.

Die voraussichtlich bald erfolgende Einreichung von Restitutions- bzw. Entschädigungsklagen der Preußischen Treuhand vor polnischen Gerichten wird die öffentliche Diskussion in Polen erneut eskalieren lassen. Selbst wenn die Gerichtsprozesse, wie die meisten Rechtsgelehrten vorher sagen, aus polnischer Sicht positiv ausgehen, wird für die Dauer der Verfahren in Polen bzw. vor dem Europäischen Menschenegerichtshof oder auch vor dem Europäischen Gerichtshof – und damit für einen längeren Zeitraum – mit einer aufbrausenden Debatte in Politik und Medien Polens zu rechnen sein.

Parallel hierzu werden die Polen mit Argusaugen den Fortgang der Diskussion über das geplante Berliner »Zentrum gegen Vertreibungen« (ZgV) verfolgen. Einige polnische Kommentatoren sind ohnehin der Auffassung, daß sich weniger die Entschädigungsproblematik als das ZgV langfristig belastend auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirken wird. Während nämlich die Klagen deutscher Vertriebener nach einiger Zeit abgewiesen werden dürften, sei das ZgV Manifestation einer nachhaltigen und grundlegenden Neubewertung der deutschen Geschichte. Diese Neubewertung werde – anders als die Preu-

ßische Treuhand – auch von Teilen des politischen Establishments in Deutschland gefördert.

Schließlich wird es auch künftig einige europäische Themen geben, denen eine deutsch-polnische »Note« anhaftet und die für zusätzliche Auseinandersetzungen im bilateralen Verhältnis sorgen können. Zwar sind beide Seiten bemüht, bei den wichtigen Finanzfragen keine deutsch-polnische Frontstellung aufkommen zu lassen. Aber der Verlauf der Verhandlungen könnte diese Bemühungen arg strapazieren. Meinungsverschiedenheiten bestehen weiterhin darüber, wie Wirtschaft und Gesellschaft in der Union ausgestaltet werden sollen. So wurden im Mai die Vorstellungen des Bundeskanzlers zur Steuerdiskussion in der EU, die er in Warschau dargelegt hatte, vom Fraktionschef der Bürgerplattform (eventuell der künftige Premierminister), Jan Maria Rokita, als »deutschland-egoistisch« gebrandmarkt. Die Europapolitik Deutschlands, wie sie von der Regierung Schröder definiert werde, stehe in »offenem Widerspruch zu den Wirtschaftsinteressen Polens«.

Rekonstruktion der deutsch-polnischen Beziehungen

Vermutlich wird die gegenwärtige Etappe im deutsch-polnischen Verhältnis später einmal als notwendige Desensibilisierungsphase angesehen, die es beiden Seiten abverlangte, sich über ihre gemeinsame Rolle in Europa klarzuwerden. Vielleicht wird man es auch als Ausdruck des Reifegrades der bilateralen Beziehungen deuten, wenn sich Deutsche und Polen in der Lage zeigen, erbittert miteinander zu streiten, aber schon nach einiger Zeit oder sogar zeitgleich – bei vielen unstrittigen Fragen – konstruktiv zusammenzuwirken. Ob der deutsch-polnische Weg in dieses Stadium mündet, ist derzeit noch keineswegs ausgemacht. Mit Sicherheit ist bis dahin noch eine gehörige Strecke zu gehen.

Momentan ist den deutsch-polnischen Beziehungen jedenfalls der Kitt abhanden

gekommen. Nach EU- und Nato-Mitgliedschaft Polens fehlt der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ein überwölbender, beiderseits akzeptierter Auftrag. Während die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den neunziger Jahren durch ihre Einbettung in den europäischen Kontext stabilisiert wurden, scheinen sie jetzt wieder zu einem Hemmschuh zu werden. Es stimmt nachdenklich, wenn der Sejm aus nationalen Interessen den Ausbau der (deutsch-polnisch-tschechischen) Verkehrsinfrastruktur im »Zittauer Zipfel« verhindern will, wenn Parlamentarier vom Außenminister verlangen wollen, entschieden zu protestieren gegen »unzulässigen Druck seitens deutscher Politiker«, die »Polen und andere EU-Länder zu Steuererhöhungen auffordern«, oder wenn dem polnischen Außenminister nicht zuletzt wegen seiner angeblich zu weichen Haltung gegenüber Deutschland das Mißtrauen ausgesprochen werden soll. Und es paßt ins Bild, wenn die PiS sich dafür stark macht, daß künftig auch für nationale Minderheiten eine 5%-Hürde gelten soll – was die deutsche Minderheit um die bisherige Form ihrer Vertretung im polnischen Parlament bringen würde. Problematisch an derartigen Vorstößen ist, daß durch sie die aktuellen, historisch motivierten Differenzen auf andere Bereiche der beiderseitigen Zusammenarbeit überzugreifen drohen. Man sollte in Polen alles Erdenkliche tun, damit sich solche Tendenzen nicht fortsetzen.

Zweifelsohne müssen die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem 1. Mai 2004 auf eine neue, europäisch verankerte Grundlage gestellt, sozusagen »rekonstruiert« werden. In einem ersten Schritt sollten sich beide Länder des »Anspruchsniveaus« ihrer gegenseitigen Kooperation vergewissern: Sie sollten festlegen, welche Zielsetzungen und Erwartungen sie in bezug auf die gegenseitigen Beziehungen haben. Vereinfacht könnte man drei solcher Anspruchsniveaus unterscheiden.

1. »Strategische Partnerschaft«. Sollten sich Deutschland und Polen auf diese weitreichende Formel einigen, müßten sie

eine gemeinsame Agenda mit langfristigen, für beide Seiten relevanten Projekten aufstellen. Beide Länder würden dann die Pflege ihres Miteinanders als eine besondere Verantwortung für die Europäische Union sehen. Die gemeinsame Vergangenheit würde nicht als trennender Faktor, sondern als Verpflichtung zu besonderer Konstruktivität verstanden. Die Zielvorstellung einer »strategischen Partnerschaft« würde die Absicht einschließen, die bilateralen Beziehungen »auf allen Stockwerken« zu intensivieren. Sie würde auch den gegenseitigen Anspruch auf Verständnis und Sensitivität umfassen.

2. »Pragmatische Kooperation«. Unter diesem weniger ambitionierten Leitbild würde die deutsch-polnische Zusammenarbeit zwar auch als wohlwollendes Miteinander betrachtet, sie hätte jedoch eher den Charakter einer Zweckgemeinschaft zur Vermeidung bilateraler oder europäischer Konflikte und zur Umsetzung einiger weniger, wenngleich wichtiger Vorhaben. Spannungen, die aus der Vergangenheit rühren, könnten vorübergehend für Abkühlung in den bilateralen Beziehungen sorgen. Gleichwohl würde die Kooperation in vielen Bereichen ungestört vertieft. Den deutsch-polnischen Beziehungen käme kein spezifischer Stellenwert zu. Sie würden eher als intensive, letztlich aber »normale« Beziehung verstanden, eine unter vielen in Europa.

3. »Indifferente Nachbarschaft«. In diesem Szenario würden Deutschland und Polen sich vorwiegend an anderen Partnern orientieren. Strategische Dissonanzen und Differenzen über bedeutende europapolitische Themen würden beide Länder voneinander entfremden. Die beiderseitigen Kontakte wären von Mißtrauen und weitgehendem Desinteresse geprägt. Sie wären störanfällig gegenüber Konflikten »von gestern« und würden eher einem Neben- als einem Miteinander ähneln. Ungeachtet dessen gäbe es aber eine robuste Basis der Kooperation: Wirtschaftlicher Austausch, gesellschaftliche Kontakte, grenzüberschreitende Zusammenarbeit

und andere Dinge mehr würden weitgehend unbeschadet fortgesetzt.

Was für eine Partnerschaft?

Welches dieser Modelle sollte aus deutscher Sicht angestrebt werden? Eine »strategische Partnerschaft« und ein tatenfrohes deutsch-polnisches Tandem mit einer zukunftsweisenden europäischen Themenpalette wäre sicherlich erstrebenswert, verspräche ein solches verantwortungsbewußtes Miteinander doch neue Impulse für die EU und ein harmonischeres deutsch-polnisches Zusammenleben. Allerdings setzt eine solche strategische Partnerschaft zwei Dinge voraus: die Existenz einer gemeinsamen Agenda und den Willen beider Seiten, diese Art Kooperationsbeziehung einzugehen. Hinsichtlich beider Prämissen bestehen zumindest gegenwärtig erhebliche Unklarheiten.

Eine deutsch-polnische Agenda für die größere EU muß erst definiert werden. Die »Nachbarschaftspolitik« der Europäischen Union bzw. die Beziehungen zu deren östlichen Anrainern sind sicherlich ein Thema, dessen sich beide Seiten annehmen wollen. Und wie die deutsch-polnische Ratsinitiative zur EU-Politik gegenüber der Ukraine beweist, sind beide Länder auch bereit, sich gemeinsam in dieser Frage zu engagieren. Andere Themenfelder könnten Energie-, Infrastruktur- oder Verkehrspolitik werden. Zu denken wäre auch an einen Ausbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation im Zuge der Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Ob in weiteren, teils strittigen Politikfeldern (Steuerpolitik, Industriepolitik, Umweltschutz usw.) eine besondere deutsch-polnische Rolle vorstellbar ist, muß noch ausgelotet werden.

Indes ist zu bezweifeln, daß in Warschau derzeit und in der näheren Zukunft der Wunsch vorherrscht, sich in der EU »strategisch« mit Deutschland zu liieren. Einerseits aufgrund der (bereits angesprochenen) wachsenden Deutschland-Skepsis in der

politischen Klasse Polens. Andererseits deswegen, weil insbesondere nach einem etwaigen Machtwechsel in Warschau ein europapolitischer Ansatz wirksam werden könnte, der stärker als bislang die nationalen Interessen in der EU zur Geltung bringen möchte. Exemplarisch seien die Worte eines Abgeordneten der Bürgerplattform zitiert: »Kein ausländischer Premierminister, kein Außenminister muß uns mögen. Wichtig ist, daß er mit unserer Meinung rechnet. [...] Diejenigen, die das Steuer der polnischen Außenpolitik in der Hand halten, sollten sich Margaret Thatcher zum Vorbild nehmen, die die unbeliebteste Führungsfigur in der Geschichte des vereinten Europa war, aber gleichzeitig höchst effizient das strategische nationale Interesse ihrer Staatsbürger verteidigte« (so der Abgeordnete Paweł Graś in der Debatte über das Mißtrauensvotum gegen Außenminister Cimoszewicz am 13.10.2004).

Eine »strategische Partnerschaft« scheint also gegenwärtig nicht in Frage zu kommen. Deutschland und Polen müssen zunächst Erfahrungen in der EU-25 sammeln, um die Realitäten, insbesondere die Allianzbildungs- und Kompromißfindungsprozesse in der größeren Union einschätzen zu können. Überdies muß Polen erst einen neuen Konsens in der Außen- und Europapolitik finden bzw. lernen, mit einem Dissens konstruktiv umzugehen. Vielleicht sollten beide Länder momentan den Widerstreit in den bilateralen Beziehungen zulassen. Möglicherweise hat eine Reaktivierung der bilateralen Beziehung erst dann eine Chance, wenn sich gewisse Auseinandersetzungen entladen haben. Alles in allem scheint gegenwärtig eine Form der »pragmatischen Kooperation« zwischen Deutschland und Polen ein wirklichkeitsnäherer Ansatz zu sein als eine auf die Spezifika und die »besondere Rolle« der beiden Länder fußende Formel.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364